

## Erinnerungsprotokoll vom Gespräch mit Senatorin Anja Stahmann in der Online-Sitzung des AK Migration und Flüchtlinge am 15.04.2021

### Unsere Fragen zu:

- **Mangelnde Beschulung in Bremer Erstaufnahmeeinrichtungen:**

In der letzten Sitzung des AK Migration und Flüchtlinge (AK) wurde von zwei Familien berichtet, die von den Übergangseinrichtungen in Bremen nach Bremerhaven überwiesen wurden und deren Kinder in Bremen fast **ein Jahr** bzw. **½ Jahr nicht beschult** wurden.

Auf unsere diesbezüglichen Fragen dazu weist Senatorin Frau Stahmann darauf hin, dass für die Beschulung in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Bildungsbehörde zuständig sei. Sie wird von der Sozialbehörde beauftragt, die Beschulung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sicherzustellen. Auch in „Vorcoronazeiten“ wurde von Seiten der Sozialbehörde schon bemängelt, dass die Kinder in der Erstaufnahme nur 4 - 6 Stunden in der Woche unterrichtet wurden. Die mangelnde Beschulung in der aktuellen Situation wurde von Senatorin Stahmann ebenfalls schon gegenüber der Bildungssenatorin angesprochen. Sie wird mit Personalengpässen und mit der Coronasituation begründet. Die Sozialsenatorin bringt zum Ausdruck, dass sie die Kritik des AK an der Situation vollkommen teilt und bittet darum, die genannten **Fallbeispiele aufzuschreiben und ihr zukommen zu lassen**. Sie wird das zum Anlass nehmen, nochmals die mangelnde Beschulung in den Erstaufnahmeeinrichtungen im Bildungsressort anzusprechen und auf Verbesserung zu drängen. Das Ergebnis wird sie dem AK Migration und Flüchtlinge mitteilen.

- **Einbeziehung des Bildungsdezernenten, der Bildungsdeputation, Rolle der Willkommensklassen**

Im Laufe der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass auch der Bremerhavener Bildungsdezernent **Michael Frost** in die Diskussion über die mangelnde Beschulung der Kinder und Jugendlichen in der Erstaufnahme in Bremen informiert und in die Suche nach Lösungen einbezogen werden sollte. Denn das Bremerhavener Bildungssystem wird durch die unzureichende Beschulung vor die Herausforderung gestellt, die daraus resultierenden Lern- und Motivationsdefizite der nach Bremerhaven überwiesenen Kinder aufzufangen. Auch wird in diesem Zusammenhang auf die besonders schwierige Situation von älteren Jugendlichen aufmerksam gemacht. Wenn sie zu lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen, ohne dass sie dort eine adäquate schulische Versorgung erhalten, wird es für diese Jugendlichen schwierig bis unmöglich, noch schulische Abschlüsse zu erreichen, bevor für sie die Schulpflicht abläuft.

Weiter wird gefragt, warum Bremen nicht auch wie Bremerhaven ein System von **Willkommensklassen** aufgebaut hat, durch das neu ankommende Kinder schnell ein zuverlässiges Bildungs- und Orientierungsangebot erhalten. In Bremerhaven gelingt es den Willkommensklassen in der Regel, die Kinder relativ passgenau auf den Übergang in die Vorbereitungsklassen bzw. in die Regelklassen vorzubereiten. Frau Kodré von der Bremer Sozialbehörde führt aus, dass man das zunächst versucht habe, aber dieses System sei in Bremen aus verschiedenen Gründen – vor allem aber aus einem Mangel an geeignetem Personal – schnell wieder verworfen worden. Die Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen **Sülmez Dogan** verspricht, das Thema der mangelnden Beschulung in den Bremer Aufnahmeeinrichtungen in die Bildungsdeputation einzubringen. Auch der anwesende Bürgerschaftsabgeordnete **Nelson Janßen** soll gebeten werden, das Thema an die Vorsitzende der Bildungsdeputation, **Miriam Strunge**, von der Partei „Die Linke“ heranzutragen.

- **Gründe für den zu langen Verbleib in der Erstaufnahme in Bremen**

Die Senatorin und Frau Kodré von der Sozialbehörde geben an, dass die Dauer des Aufenthalts in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Bremen von „**der positiven Prognose**“ des BAMF abhängt. Das BAMF prüft in vielen Fällen lange, bis es über die Tendenz einer „positiven Prognose“ bei den Betroffenen entscheidet. Diese werden schließlich in einer Liste benannt und 20% dieser Menschen werden dann nach Bremerhaven überwiesen. Als

weiteren Grund für die relativ lange Verweildauer wird die Tatsache genannt, dass viele Betroffene nicht nach Bremerhaven wollten. Es würde also viel Zeit benötigt, um sie von den positiven Seiten eines Wechsels nach Bremerhaven zu überzeugen. Als Gegenargument kommt, dass dies auch durch die Länge des Aufenthalts in Bremen bedingt sei. Wer sich dort seit Längerem eingelebt hat, dem wird ein Wechsel in eine andere Stadt schwer fallen.

- **Notwendigkeit einer Beschleunigung des „Ortwechselverfahrens“**

Da es aus den vorher ausgeführten Gründen wichtig erscheint, das Verfahren des Wechsels von Bremen nach Bremerhaven zu beschleunigen, wird dafür plädiert, das Verfahren - angepasst an die aktuelle Situation – zu überarbeiten und zu aktualisieren. Denn trotz einer deutlich geringeren Zuwanderung in den letzten Jahren habe sich das BAMF Verfahren seit 2015 nicht grundlegend geändert. Eine Veränderung des Verfahrens mit dem Ziel, den Wechsel nach Bremerhaven zu beschleunigen, wird deshalb von den Anwesenden angemahnt. **Die Senatorin** und der Bremerhavener **Stadtrat Uwe Parpart** werden dringend gebeten, sich beim BAMF dafür einzusetzen.

- **Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den abgebenden Einrichtungen in Bremen und den aufnehmenden in Bremerhaven**

Frau Sell vom Bremerhavener Sozialamt stellt anschaulich dar, dass sie jeweils mittwochs eine Liste mit den Namen derer erhält, die aus Bremen überwiesen werden - ohne genauere Informationen zu den besonderen Bedarfen Einzelner. Die Liste sei eine „Pralinenschachtel“, aus der nicht hervorgeht, was „enthalten“ sei. So gibt es immer wieder das Problem, dass oft nicht rechtzeitig genug festgestellt würde, dass sich darunter Menschen mit einem **besonderen Hilfebedarf** befänden. Sie schildert an mehreren Fällen eindrücklich, was an der Informationsweitergabe und in der Kommunikation zwischen den Schwesterstädten nicht gut läuft. So nennt sie z.B. den Fall einer Schwangeren, über deren Zustand das Sozialamt nicht rechtzeitig informiert wurde. Die Frau stand 14 Tage vor der Entbindung, wie bei ihrem Ankommen in Bremerhaven festgestellt wurde. Durch die fehlende Information war es schwierig, rechtzeitig einen Entbindungstermin in der Klinik zu erhalten und die begleitende Sozialbetreuung zu organisieren u.a.m.

Senatorin Stahmann und Frau Kodré geben zu bedenken, dass Bremerhaven natürlich nicht erwarten könne, sich auszusuchen, wer dorthin überwiesen werde. Weiter gibt Frau Kodré das Problem des zu berücksichtigenden Datenschutzes bei der Weitergabe von Informationen zu bedenken. **Stadtrat Uwe Parpart** widerspricht engagiert der Annahme, Bremerhaven wolle sich aussuchen, wer hierher käme. **Es ginge um die frühzeitige und genaue Information, wer nach Bremerhaven komme, um auf besondere Bedarfe Einzelner frühzeitig und adäquat reagieren zu können. Das Ziel müsse deshalb sein, im Interesse der Betroffenen ein gutes Verfahren des Austauschs mit Bremen zu entwickeln. Weiter regt er an, dass das Verfahren des Informationsaustauschs in einer „Task Force“ zwischen den Sozialbehörden in Bremen und Bremerhaven genau angeschaut und gemeinsam nach Verbesserungen gesucht wird.**

- **Beschluss für Aufnahme zusätzlicher Geflüchtete auch in Bremerhaven notwendig?**

Der AK Migration und Flüchtlinge hat sich mit vielfältigen Aktivitäten (Briefe an die Fraktionen, an den OB, Kooperation mit den Kirchen, Kundgebung...) dafür engagiert, dass die Bremerhavener StVV den Beschluss fassen möge, zusätzliche Geflüchtete aus Lipa und Cara Tepe aufzunehmen. Bekanntlich lehnte StVV aber einen entsprechenden Antrag von den Grünen und der Partei Die Linke ab. U.a. wurde argumentiert, solch Bremerhavener Beschluss sei unnötig, weil Bremerhaven auf jeden Fall 20% der von Bremen zusätzlich aufgenommenen Flüchtlinge aufnehmen müsste. Der Bürgerschaftsabgeordnete **Nelson Janßen** von der Partei die Linke weist darauf hin, dass das zwar der Fall sei. Aber die symbolische Kraft einer solchen Geste sei nicht zu unterschätzen. Er plädierte dafür, sich auch weiterhin dafür einzusetzen. Denn je mehr Städte in Deutschland einen solchen Beschluss fassten, desto stärker würde auch der Druck auf den Innenminister wachsen, seine starre Haltung in dieser Sache zu überdenken und dem Wunsch der Städte nachzukommen.

- **Probleme des Bremer Landesprogramms zum Familiennachzug**

Der AK begrüßt generell, dass endlich „grünes Licht“ für ein Landesprogramm zur Familienzusammenführung gegeben wurde. Allerdings sei die Anzahl von 100 (20!! für Bremerhaven) nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wie Mitglieder des AK konstatierten, löste das Programm bei den Betroffenen viel Hoffnung aus, die aber leider in vielen Fällen enttäuscht werde. Vor allem die Auflage, dass die Angehörigen hier 5 Jahre lang für den Lebensunterhalt ihrer durch das Programm nachkommenden Familienmitglieder sorgen müssten, stelle für mittellose Geflüchtete eine unüberwindbare Hürde dar und wird von Mitgliedern des AK als eine besondere Härte angesehen. Die Senatorin bringt zum Ausdruck, dass sie diese Einschätzung teilt. Ein gut verdienender Zahnarzt kann seine Angehörigen nachkommen lassen, ein Arbeitsloser kann seine in Syrien unter prekären Bedingungen lebende alte Mutter oder die dort allein lebenden Kinder nicht nachkommen lassen. **Annegret Thom** konkretisiert am Beispiel einer Familie, die sie betreut, wie wichtig für diese Familie der Familiennachzug der in Syrien unter unvorstellbar dramatischen Bedingungen lebenden Angehörigen sei. Doch für einen Familiennachzug gäbe es keine Chance, weil der Vater der Familie arbeitslos und die Mutter sich in der Ausbildung befände. **Annegret Thom** fragt deshalb die Senatorin, wie der Familie zu helfen sei. **Senatorin Stahmann bittet darum, ihr den Fall aufzuschreiben und zu schicken. Sie verspricht, sich darum zu kümmern, wie in diesem Fall Hilfe geleistet werden kann.**

- **Wichtigkeit einer unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle in Bremerhaven**

Gisela Wiegel weist anerkennend darauf hin, dass die Senatorin für Beratungsstellen für Geflüchtete in den Bremer Quartieren eine Aufstockung von insgesamt 11 halben Stellen in 11 volle Stellen (finanziert mit 235 000 €) erreicht habe. In der Presseinformation dazu wird darauf hingewiesen, dass – coronabedingt – ein erhöhter Beratungsbedarf bestehe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass das auch in Bremerhaven der Fall ist. Doch leider stellt sich hier die Beratungssituation anders dar. Denn die von vielen Geflüchteten und Asylbewerber\*innen aufgesuchte unabhängige Flüchtlingsberatungsstelle der Caritas fiel vor knapp 2 Jahren ersatzlos weg und auch die Flüchtlingsberatung der Kreuzkirche kann ab 1. März durch Fortfall einer hauptamtlichen Stelle nur noch sehr eingeschränkt tätig sein. Der AK bemüht sich deshalb seit einigen Jahren um eine unabhängige Asylverfahrensberatung. Die Senatorin macht darauf aufmerksam, dass man dabei sei, das Angebot einer „**Mobilien Beratung**“ in Bremen und Bremerhaven zu schaffen. Der Vorteil dabei sei, dass man damit dort aktiv werden könne, wo der Bedarf sei. Hierzu wird entgegnet, dass das Stundenangebot der „Mobilien Beratung“ für Bremerhaven viel zu gering sei. Carina Bahmann, die ehemalige Leiterin der Flüchtlingsberatung der Caritas weist darauf hin, dass sie – obwohl schon seit 2 Jahren in anderer Tätigkeit – immer noch von Geflüchteten um Beratung gebeten wird, dass also ein großer Bedarf an Beratungsleistungen besteht. **Stadtrat Parpart** führt aus, dass er bemüht sei, für diesen Bereich mehr zu erreichen. Er macht darauf aufmerksam, dass im neu geschaffenen Integrationszentrum Büroräume und Möglichkeiten für eine Asylverfahrensberatung zur Verfügung gestellt werden könnten. Nur ist die Finanzierung einer Stelle zur Zeit noch ungeklärt. Gleichzeitig informiert er über das Ziel, dass die Hochschule Bremerhaven demnächst einen Studiengang „Migration“ anbieten will, der Sozialarbeiter\*innen für diesen Bereich ausbilden soll. Er führt aus, wie wichtig diese Maßnahme sei, da es in unserer Stadt an vielen Stellen an Sozialarbeiter\*innen mangle.

Abschließend weist **Senatorin Anja Stahmann** darauf hin, dass sie – als alte Bremerhavenerin – zukünftig gerne auch in Präsenz nach Bremerhaven kommen würde, um hier Einrichtungen zu besuchen. **Stadtrat Parpart lädt sie herzlich ein, das neu geschaffene Integrationszentrum zu besuchen.**

Gisela Wiegel